

Die neue Selbstanzeige

Die Jahrestagung der Finanzminister hat im Mai diesen Jahres die Eckpunkte zur Verschärfung der Selbstanzeige beschlossen. Seit 27.08.2014 liegt nun ein Referentenentwurf vor, der die geplanten Änderungen erstmals konkretisiert. Die folgenden Änderungen sollen demnach bereits zum 01.01.2015 in Kraft treten:

Bußgeldbewährung

Die strafbefreiende Selbstanzeige ist in Zukunft nur noch bis zu einem Hinterziehungsbetrag von EUR 25.000,00 pro Steuerart und Besteuerungszeitraum möglich. Bei größeren Volumina wird nur nach Zahlung eines Strafzuschlags von weiterer Strafverfolgung abgesehen.

Bisher wurde ab einer hinterzogenen Steuer von EUR 50.000,00 pro Steuerart und Besteuerungszeitraum zusätzlich ein Strafzuschlag i.H.v. 5% der hinterzogenen Steuer fällig. Der neue Strafzuschlag ist hingegen gestaffelt:

Hinterzogene Steuer in EUR	Strafzuschlag
> 25.000,00	10%
> 100.000,00	15%
> 1.000.000,00	20%

Verjährung

Zukünftig wird die Strafverfolgungsverjährung generell von fünf auf zehn Jahre ausgedehnt.

Bisher betrug die strafrechtliche Verjährung nur in besonders schweren Fällen zehn (Überschreiten von EUR 50.000,00 pro Steuerart und Besteuerungszeitraum) ansonsten fünf Jahre. Das Steuerrecht sieht bei Steuerhinterziehung zwar ohnehin bereits eine eigene Verjährungsfrist von zehn Jahren vor. Diese Frist wird jedoch anders als die strafrechtliche Verjährungsfrist berechnet. Darüber hinaus dient die Abgabe von Erklärungen für den strafrechtlich verjährten, jedoch steuerrechtlich noch „offenen“ Zeitraum nur dem Zweck großzügigen Schätzungen des Finanzamtes zu entgehen. Durch die Verlängerung der strafrechtlichen Verjährungsfrist gewinnen nun jedoch auch die ersten fünf Jahre der Selbstanzeige massiv an Bedeutung. Zukünftig können auch Fehler in den „alten Jahren“ zur Unwirksamkeit und damit dem Scheitern der Selbstanzeige führen. Für die Praxis ist diese Änderung von größter Bedeutung.

Sperrgründe

Die existierenden Sperrgründe, bei deren Vorliegen die Abgabe einer strafbefreienden Selbstanzeige von vornherein ausgeschlossen ist, sollen ebenfalls erweitert werden. Künftig führt das bloße Erscheinen eines Amtsträgers zur Umsatzsteuer- oder Lohnsteuernachschau zum Ausschluss für die Abgabe einer wirksamen Selbstanzeige. Auch die Bekanntgabe einer Prüfungsordnung oder eines Ermittlungsverfahrens muss in Zukunft nicht mehr direkt an den Täter oder seinen Vertreter gerichtet sein. Vielmehr soll nach dem Entwurf auch die Bekanntgabe gegenüber den Teilnehmern der Selbstanzeige eine Sperrwirkung für alle Beteiligten auslösen.

Sofortige Zahlung

Zusätzliche Wirksamkeitsvoraussetzung ist zukünftig auch die sofortige Zahlung des o.g. Strafzuschlags und der aufgelaufenen Hinterziehungszinsen. Bisher bezog sich das Gebot der sofortigen Zahlung nur auf die hinterzogenen Steuern.

Ausländische Kapitalerträge

Eine zusätzliche Verschärfung ist darüber hinaus für Kapitalerträge aus Staaten außerhalb der EU geplant. Eine neue Anlaufhemmung soll den Finanzämtern für diese Kapitalerträge zukünftig eine Festsetzungsfrist von bis zu 20 Jahren ermöglichen.

Umsatz- und Lohnsteuernachschau

Neu ist auch, dass das geltende Vollständigkeitsgebot für die Korrektur von Lohnsteuer- und Umsatzsteuervoranmeldungen aufgehoben werden soll. Solche Korrekturen werden nach dem Entwurf nicht als Tatentdeckung gewertet. Auch der Strafzuschlag soll bei solchen Korrekturen entfallen. Teilselbstanzeigen sind demnach wieder möglich, was aus praktischer Sicht zu begrüßen ist. Dies bezieht sich jedoch nicht auf Umsatzsteuerjahreserklärungen und auch Kapitalertragsteueranmeldungen sind von diesen Erleichterungen ausgenommen.

Fazit

Die Selbstanzeige bleibt eine Spezialmaterie, deren Erfolg im Wesentlichen von der Qualifikation des involvierten Beraters abhängig ist.

Im Bereich der Kapitalerträge ist es erfahrungsgemäß vor allem in den älteren Jahren der Selbstanzeige schwer, hinreichend Bankbelege für alle Transaktionen zu beschaffen. Durch die Ausdehnung des strafrechtlichen Verjährungszeitraums wirken die hier vorgestellten Änderungen daher klar verschärfend. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, vor in Kraft treten des neuen Gesetzes aktiv zu werden und die aktuelle Rechtslage noch auszunutzen.

Für nähere Informationen rufen Sie uns an oder senden Sie bitte eine E-Mail an:

Peter Fabry

peter.fabry@luther-lawfirm.com

Telefon: +089 23714 24780

Die Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH berät in allen Bereichen des Wirtschaftsrechts.

Berlin, Brüssel, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, London, Luxemburg, München, Shanghai, Singapur, Stuttgart, Yagong

Weitere Ansprechpartner finden Sie auf www.luther-lawfirm.com

